

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Alternativen zur Umweltzone (IV): Luftreinhalte- und Aktionsplan grundlegend überarbeiten, Einführung der 2. Stufe der Umweltzone aussetzen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, sicherzustellen und mit Maßnahmen zu belegen, dass künftig die Grenzwerte der europäischen Luftqualitätsrichtlinie 1999/30/ EG sowie der 37. Bundesimmissionsschutzverordnung (37.BImSchV), insbesondere für Feinstaub und Stickoxide ab 2010, in allen Bereichen der Stadt eingehalten werden können. Dazu ist der Luftreinhalte- und Aktionsplan 2005 – 2010 grundlegend zu überarbeiten.

Statt willkürlicher Einzelmaßnahmen sind diejenigen Maßnahmen zu priorisieren, die den größten Umwelteffekt erzielen und am wenigsten Kosten für die Berliner Bürger und die Wirtschaft verursachen. Insbesondere muss sichergestellt werden, dass nicht einzelne Bevölkerungsgruppen unverhältnismäßig belastet werden.

Hierfür ist in einem ersten Schritt ein Maßnahmenkatalog zu erstellen. Die hier aufgeführten Maßnahmen müssen dann auf ihren Zielerreichungsgrad in Bezug auf die Minimierung der Luftschadstoffe beurteilt werden. Danach sind die Maßnahmen entsprechend ihrer Belastungen, insbesondere der wirtschaftlichen Belastung von Bürger und Wirtschaft sowie der Einschränkung der Mobilität des Einzelnen, zu bewerten. Im Anschluss sind die Maßnahmen zu priorisieren, die den höchsten Zielerreichungsgrad mit den geringsten Belastungen verbinden.

Anschließend sollen die so priorisierten Maßnahmen probeweise an geeigneten Stellen, wie zum Beispiel besonders belasteten Straßen, eingeführt und wissenschaftlich evaluiert werden. Sollten sich die Maßnahmen als nachhaltig wirksam erweisen, sind diese in den überarbeiteten Luftreinhalteplan aufzunehmen und umgehend in allen betroffenen Gebieten der Stadt anzuwenden.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Bis zur Vorlag des so überarbeiteten Luftreinhalte- und Aktionsplanes, ist die Einführung der zweiten Stufe der Umweltzone auszusetzen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2009 zu berichten.

Begründung

Ab 2010 müssen nach Maßgabe der europäischen Luftqualitätsrichtlinie 1999/30/EG so wie der 37. Bundesimmissionsschutzverordnung (37.BImSchV) insbesondere folgende Grenzwerte für Feinstaub (PM₁₀) und Stickoxide (NO_x) eingehalten werden:

Einzuhaltender Tagesmittelwert für PM₁₀ 50µg/ m³
Hier sind maximal 7 Überschreitungen pro Jahr zulässig

Einzuhaltender Jahresmittelwert für PM₁₀ 50µg/ m³

Einzuhaltender Stundenmittelwert für NO_x 120µg/ m³
Hier sind maximal 18 Überschreitungen pro Jahr zulässig

Einzuhaltender Jahresmittelwert für NO_x 40µg/ m³

Für die Bereiche, in denen diese Grenzwerte überschritten werden, müssen Maßnahmen ergriffen und in Aktionsplänen dargestellt werden, die geeignet sind die Grenzwerte der Luftqualitätsrichtlinie dauerhaft einzuhalten und damit das Ziel des hohen Schutzes der Gesundheit in der Europäischen Union sicherzustellen.

Deswegen ist der Senat gefordert, zum Wohle der Bürger nachzuweisen, dass die ergriffenen Maßnahmen tatsächlich wirken.

Die bis jetzt erfolgte Evaluation der ersten Stufe der Umweltzone, konnte bisher nur eine Reduzierung der Feinstaubemissionen im Bereich von Messungenauigkeiten nachweisen. Zusätzlich wurde durch wissenschaftliche Studien dargestellt, dass diese Reduzierungen primär auf die Wetterlage und wirtschaftliche Effekte zurückzuführen ist. Auf der anderen Seite führt die Umweltzone zu einer unverhältnismäßigen finanziellen Belastung der kleinen und mittelständischen Betriebe.

Daher müssen statt der kaum wirksamen und wirtschaftlich belastenden Maßnahme Umweltzone endlich wirklich wirksame Maßnahmen, wie die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Stadtbegrünnungsmaßnahme (Drs. 16/0687) oder die vielfach geforderte Umrüstung der landeseigenen Fahrzeuge (z.B. Drs. 16/1802) umgesetzt werden.

Berlin, den 16. Juni 2009

Meyer Schmidt Thiel
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP